

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drehmaschinen: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariestraße 38/42.
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Oktober 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Preis für den Monat Oktober 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pfennig. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärtig 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Restaurant Stadt Gotha

Dresdens altberühmte Gaststätte
Feinste Küche — Vollwertige Biere:
Münchener Mathäser-Bräu, Dortmunder Union
Ernst Kögel jun.

Die deutsch-englische Industriefonferenz.

Beratungen über die gegenseitige industrielle Zusammenarbeit.

Souvenel über die deutsch-französische Annäherung. — Linkswühlereien gegen Geßler. — Griechisch-italienische Kriegspläne gegen die Türkei.

Der Beginn der Aussprache.

London, 9. Okt. Unter dem Vorsitz von Sir Robert Horne begann gestern abend die informativische Aussprache zwischen elf deutschen und elf englischen Industriellen und Bankiers auf dem Landtage des englischen Transportministers in Romford. Die deutschen Delegierten lehnten es ab, sich über den vorläufigen Inhalt der Aussprache irgendwie zu äußern. Die meisten der deutschen Delegierten gaben ihrer Verwunderung Ausdruck, daß die Tatsache der Aussprache vorher bekanntgeworden sei. Es sei ihre Absicht gewesen,

sich unformell über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen beiden Industrien zu unterrichten.

Wahrscheinlich wird das Ergebnis der Besprechungen sein, daß eine Übereinstimmung darüber erzielt werden wird, welche konkreten Projekte für eine Zusammenarbeit der beiderseitigen Industrien ins Auge gefaßt werden können. — Auf englischer Seite sucht man sich offenbar vor allem auf Kohle und gewisse Produkte der chemischen Industrie zu beschränken. Informationen aus Einzelteilen belegen, daß zwei Ideen der Zusammenkunft zugrunde liegen:

1. eine Reduzierung der Produktion gewisser Industrien auf dem Wege internationaler Abkommen und
2. die Aufrechterhaltung des Handels durch die Europäer. Der beste Weg hierzu wird in gemeinsamer Zusammenarbeit gesehen.

Ein deutscher Delegierter erklärte, die britische Industrie sei in nationaler Hinsicht nicht so gut organisiert wie die deutsche. Zweifellos werde auch dieser Umstand während der Verhandlungen berücksichtigt werden. (Z.-U.)

Berlin, 8. Oktober. Wie die „N. Z.“ berichtet, werden auf deutscher Seite an den deutsch-englischen Industriebesprechungen u. a. die Herren Duisberg, Wasser- mann, Raftl, v. Sinsow und Reich teilnehmen. Von unter-

richteter deutscher Seite wird dem Blatte heute betont, daß irgendwelche weitgehende Beschlüsse von der Konferenz nicht zu erwarten sein werden.

Sir Robert Horne erklärte einem Vertreter der „Daily News“, daß es sich bei dem deutsch-englischen wirtschaftlichen Besprechungen um eine inoffizielle Erörterung handele, von der das Publikum keine sofortigen Ergebnisse erwarten sollte. Politische Fragen seien nicht dahinter zu suchen.

Das Mitglied der deutschen Wirtschaftsdelegation Generalkonsul Karl v. Weinberg erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Evening News“, der Frieden und das Wiederherstellen der Wohlfahrt Europas liege in sehr großem Maße in den Händen Englands und Deutschlands. Beide Länder verhandeln sich wahrscheinlich besser, als die meisten anderen Nationen Europas, weil sie gemeinsame Interessen und Ziele hätten. (Z.-U.)

Beitritt Englands zur Kohlenbergbau-Gemeinschaft?

London, 9. Okt. „Daily News“ sagt in einem Beilagenartikel über die sehr geheimnisvolle Konferenz zwischen englischen und deutschen Finanzleuten und Industriellen, kein verständiger Mensch werde glauben, daß diese formelle Zusammenkunft führender deutscher Industriemagnaten mit den großen Gruppen britischer Kapitalisten nur einem freundschaftlichen Austausch allgemeiner Ideen und Ansichten über die industriellen Beziehungen dienen werde. Selbstverständlich habe man beiderseits geschäftliche und möglicherweise auch politische Ziele dabei im Auge. Das Blatt vermutet, daß es sich in erster Linie um die Frage des Beitritts Großbritanniens zum Stahlkartell handle.

Irgendwelche Vereinbarungen über Kohle seien angesichts des Streiks in England und angesichts der technischen und administrativen Rückständigkeit der englischen Kohlenbergwerkindustrie nicht wahrscheinlich. Das Blatt ermahnt die britische Regierung, darauf zu achten, daß nicht durch irgendwelche Vereinbarungen die Interessen der britischen Verbraucher geschädigt werden, denen die Unterhändler vermutlich keine so große Beachtung schenken würden.

„Das kommende alleuropäische Reich.“

Und der Versäcker Vertrag?

In der verflochtenen Woche hat in Wien ein interessanter Kongress stattgefunden. Die Alleuropäer waren dort versammelt, die in Europa die Zollgrenzen niederlegen und neben dem nationalen ein gesamteuropäisches Denken, Fühlen und Handeln zur Tat machen wollen. Die Bewegung ist eingeleitet von dem Grafen Coudenhove-Kalergi, der vor drei Jahren ein vielbemerktes Buch über Panuropa schrieb und im Anschluß daran die jetzige Organisation zustande brachte, die nun zum ersten Male vor die Öffentlichkeit getreten ist, um für ihre Ziele Propaganda zu machen. Dieser Graf Coudenhove ist ein fesselnder Typ von stark internationalem Einschlage. Sein Gesicht wanderte vor Jahrhunderten aus Holland in Böhmen ein. Sein Vater ging als Legationsrat nach Tokio und nahm dort eine Japanerin zur Frau. Aus dieser Mischung entstammt der Begründer des Alleuropäischen Bundes. Er ist ein Feuergeist, der mit der ganzen edlen Leidenschaft einer tiefen Überzeugung für eine Idee kämpft, die nach seiner Meinung allein imstande ist, Europa vor einer nochmaligen gewaltigen Kriegskatastrophe zu bewahren, die den Untergang der westlichen Kultur bedeuten würde. In seiner Schlussrede erklärte Graf Coudenhove, der erste pan-europäische Kongress sei „ein großes historisches Ereignis, die Grundsteinlegung des kommenden alleuropäischen Reiches“. Wie die russischen Sowjetisten ihre Kundgebungen „an alle“ zu richten pflegen, so hat auch der Wiener Kongress ein „Manifest an die Europäer“ erlassen, in dem u. a. gefaßt wird, daß sich die pan-europäische Union gebildet habe zur Vermeidung des europäischen Bruderkrieges, zur Begründung des nationalen, politischen und wirtschaftlichen Oases der Völker Europas, zum Abbau der europäischen Grenzen, die ein Hindernis des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung sind, weiter um Kriege durch Schiedsgerichte, Böhle durch eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft, daß und Unterdrückung durch nationale Gleichberechtigung zu erlösen. Nur dieses Programm könne Europa vor dem politischen und dem wirtschaftlichen Untergang retten.

Was soll man von dieser neuen Erscheinung des öffentlichen Lebens halten? Ueberschwang ist genug dabei. Das „kommende alleuropäische Reich“ machte in Wien die Geister trunken und ließ Deutsche, Franzosen und Polen sich in die Arme sinken. „Seid umschlungen, Millionen! Diesen Aufbruch der ganzen Welt!“ Der Realpolitiker lächelt und denkt: „Schwarzmagischer!“ Der Skeptiker, der weiß, wie leicht sich das Ideal an der harten Wirklichkeit den Schädern einstochen kann, vermag das verheißene Millennium nur in unerreichbarer Wolkenhöhe zu erblicken. „Belanglos für die praktische Politik!“ So lautet das Urteil derjenigen, die glauben, daß eine alleuropäische Entwicklung überhaupt außer dem Bereiche jeder Möglichkeit liege. Und doch steckt ein gar nicht unbedeutlicher Kern von Realität in dem Gedanken. Man muß nur die Zielsetzung richtig machen. Der internationale Eisenpakt stellt bereits einen bedeutenden Anknüpfungspunkt zur wirtschaftspolitischen europäischen Verständigung dar, und Genf und Thoiry weisen nach derselben Richtung. Man muß nur abwarten, welche Macht und Kraft die zu einem europäischen Zusammenschluß drängenden Erbsiedern weiter gewinnen. Das eine ist doch jedenfalls zuzugeben, daß es für die zivilisierte Menschheit kulturell würdiger ist, den Kern solcher auf die dauernde Befriedung unseres Kontinents gerichteten Bestrebungen herauszuschälen und nach den Möglichkeiten ihrer praktischen Betätigung zu suchen, als sich dem hoffnungslosen Fatalismus französischer Generäle hinzugeben, die sich mit laßdlichem Behagen in der Schilderung der jede Phantasie überbietenden Grenen eines nächsten Weltkrieges ergehen und diesen für unvermeidlich erklären.

Die Alleuropäer haben das richtige Empfinden, daß jede Verwirklichung einer neuen Ordnung auf unserem Kontinent im Verhältnis der Staaten zueinander mit dem Nationalismus zu rechnen hat, der selbstverständlich nach wie vor ein Hauptfaktor bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen bleibt. Nach dieser Richtung hat der Wiener Kongress seinen Standpunkt folgendermaßen festgelegt: „Wenn die Grenzen in strategischer Hinsicht unsichtbar werden und nur mehr Verwaltungsgrenzen darstellen, so werden sie ihre nationale Gefährlichkeit verlieren, und dann werden der

Deutsch-französische Ausgleichsmöglichkeiten.

De Jouvenels Bedingungen einer Zusammenarbeit.

Paris, 9. Okt. Henry de Jouvenel bespricht im „Matin“ die Grundlagen einer deutsch-französischen Entente. Das deutsche Angebot, gegen Räumung der Saar und des Rheinlandes eine Mobilisierung der Eisenbahngüter herbeizuführen, sei nicht annehmbar, zumal das mehr eine Angelegenheit Amerikas sei. Wegen neuer Verbindungen könnte man auch das belgische Gebiet nicht räumen, weil man sonst die früheren Verbindungen verschiefere. Man müsse aber zur Erreichung des europäischen Friedens zusammenarbeiten.

Eine deutsch-französische Politik habe nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Deutschland, besonders durch eine wirtschaftliche Verständigung mit Polen und seiner durch Verpflichtungen an Desterreich, zu Garantien für die allgemeine Sicherheit bereit sei. Die Gefahr bestehe heute nicht nur am Rhein, sie bestehe in der Unsicherheit Polens und in der Frage der Sicherheit Desterreichs. Eine Politik, die den Kontinent gegen Gefahren sichert, hätte als natürliche Unterstützung alle der französischen Verbündeten, die sich über die Frage der deutsch-französischen Annäherung ernstlich freuen. Wirtschaftliche Gründe hätten der deutschen Politik ihre neue Orientierung gegeben. Europa werde sich entweder getrennt ruinieren oder sich gemeinsam teilen. Das müsse berücksichtigt werden. Wenn dabei Frankreich Deutschland gegenüber Konzessionen machen müsse, so sei von Deutschland zu verlangen, daß es im Austausch hierfür Konzessionen an Europa mache.

Ein neuer Zwischenfall in Mainz?

Frankfurt a. M., 9. Okt. Die Mainzer Kriminalpolizei teilt mit, daß am Donnerstag nachts ein französischer Sergeant an eine Patrouille herangekommen sei und mitgeteilt habe, er sei angefallen worden. Die Patrouillepatrouille nahm sofort die Verfolgung des angeblichen Täters auf, aber ohne Erfolg. Von der Kriminalpolizei sind Ermittlungen eingeleitet worden. Sie haben aber bisher keine Anhaltspunkte ergeben, ob die Darstellung des französischen Sergeanten zutrifft, und auch keine Anhaltspunkte über die Persönlichkeit des Täters. (Z.-U.)

Paris, 9. Okt. Von zuständiger französischer Seite wurde, wie verlautet, an die Pressevertreter im Zusammenhang mit dem in der Donnerstagnacht in Mainz erfolgten Zwischenfall das Ersuchen gestellt, derartige Vorfälle mit Rücksicht auf die zwischen Deutschland und Frankreich eingeleiteten Einigungs- verhandlungen nicht zu verbreiten und ihnen, wenn möglich, keine größere Bedeutung als Garnisonzwischenfällen beizumessen. Auch der letzte Zwischenfall in Mainz hätte sich spät in der Nacht nach einem Kaffeehausbesuch ereignet. (Z.-U.)

Frankreichs Wirtschaft gegen das Washingtoner Schuldenabkommen.

Paris, 9. Okt. Die Vereinigung der wirtschaftlichen Interessenten Frankreichs, einer der bedeutendsten französischen Wirtschaftsverbände, spricht sich in einem öffentlichen Aufruf in ganz entschiedener Form gegen die Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens aus. Die Summe von 4 Milliarden Dollar sei viel zu hoch und die Zahlungszeit für 62 Jahre unannehmbar. Es fehle jede Sicherheits- und Transparenz. Der eventuelle Zahlungsaufschub sei ganz ungenügend. Es liege keinerlei Sicherheit gegen die Kommerzialisierung der französischen Schuld vor. Daber sei der Vertrag in seiner jetzigen Form unannehmbar.

Die sogenannten Vorbehalte, die die Regierung beabsichtigt, würden, selbst wenn sie in die Erklärungen des Vertrages aufgenommen würden, in keiner Weise dessen Charakter ändern. Da der Vereinigung der wirtschaftlichen Interessenten ähnliche politische Einwände zugesprochen werden wie dem Comité des Forges, so ist der Widerstand dieser Organisation gegen die Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens nicht zu unterschätzen. (Z.-U.)

London und die Eisenbahnen.

Berlin, 9. Okt. Nach einer Meldung der „D. N. Z.“ aus London hat zwischen dem dortigen französischen Botschafter und dem Schaham eine Fühlungnahme über die Möglichkeit der Unterbringung der deutschen Eisenbahnen stattgefunden. Das Schaham hat aus finanziellen Gründen eine englische Beteiligung an einem solchen Schritt vorläufig abgelehnt. Das Schaham hat jedoch gegen eine spätere Emission nichts einzuwenden, sobald sich der internationale Kredit verbilligt.